



169. Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
25.Oktober 2017

Antrag 1

Erhalt des Sozialstaates

Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien fordert folgendes:

Evaluierung der Effizienz der Verwaltung und der Strukturen statt Abbau des Sozialstaates

Die Finanzkrise hat sehr hohe Arbeitslosigkeit und zunehmende Ungleichheit in ganz Europa geschaffen. Der Schutz der Menschen durch ein soziales Netz während dieser Zeiten ist, aus der Sicht der Liste Perspektive, unabdingbar. Investitionen des Staates gehören zur Säule der Stärkung der Nachfrage und damit zur Schaffung von mehr Arbeitsplätzen.

Derzeit wird, vor allem während des Wahlkampfes, immer wieder versteckt, durch Einsparungen der Staatsausgaben, der Abbau von Sozialsystemen gefordert. Welche Auswirkungen solch ein Abbau hat, sehen wir seit Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise in vielen südeuropäischen Ländern durch die europäischen Sparvorgaben.

Wir als Liste Perspektive stehen nicht für einen Sozialstaat, der sich nur als Ziel, die Armutsbekämpfung, gesetzt hat (z.B. Großbritannien). Für uns ist ein gut ausgebauter Sozialstaat einzig und allein in der Lage, die vielen Probleme in schwierigen Lebenssituationen, wie z.B. Krankheit, Arbeitslosigkeit oder Pflegebedürftigkeit in einer Gesellschaft, erfolgreich zu lösen und damit den nötigen sozialen Frieden zu gewährleisten.

Aus diesem Grund sehen wir das nordische Modell des Sozialstaates als ein Vorbild, welches für Chancengleichheit und Gleichstellung der Menschen steht:

- Sozialschutz in der Pensions- oder Arbeitslosenversicherung
- Sehr gut ausgebaute soziale Infrastruktur bei Kinderbetreuung, Ganztagschulen und Pflege
- Garantie des Leistungszugangs universeller Charakter beim Leistungszugang, der allen Menschen Absicherung und Förderung garantiert



Hoher Lebensstandard der Gesellschaft, wirtschaftlicher Erfolg und eine hohe Produktivität stehen nicht im Widerspruch zu einer hohen Sozial- und Abgabenquote.

Die Analysen der OECD lassen keinen Zweifel daran, dass der österreichische Sozialstaat sowohl unter Gesichtspunkten der von ihm getätigten Ausgaben als auch in Bezug auf das Ergebnis in Form von sozialer Absicherung und Lebensstandard der breiten Masse der Bevölkerung im internationalen Spitzenfeld liegt.

Die radikale Senkung der Abgabenquote, wie dies im Wahlkampfgetöse immer wieder angepriesen oder gefordert wird, ist mit einer guten sozialen Absicherung für alle Menschen nicht realisierbar. Wir, als Liste Perspektive, fordern einen stetigen Prozess der Evaluierung der Effizienz der Verwaltung und der Strukturen, um die Sicherstellung der Finanzierung des Sozialstaates langfristig abzusichern.

Angenommen ☐

Zuweisung ☐

Ablehnung ☐

Einstimmig ☐

Mehrstimmig ☐



169. Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
25.Oktober 2017

Antrag 2

Keine Obergrenze für Staatsausgaben

Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien fordert folgendes:

Keine strikten Obergrenzen für Staatsausgaben

Im Wahlkampf kommt wieder die Forderung, dass der Staat die Staatsausgabenquote senken muss. Einige Parteien fordern strikte Obergrenzen für Staatsausgaben. Dies würde nicht nur Einschnitte bei Bildung, Gesundheitsversorgung und sozialer Sicherheit bedeuten, sondern mögliche zukünftige Wirtschaftskrisen zusätzlich verschärfen.

Staatsausgaben wirken sich über einen Multiplikator-Effekt auf das Investitions- und Konsumverhalten des Privatsektors aus. Tatsächlich ist die staatliche Ausgabenquote von 54,5% im Jahr 2009 auf 51,1% des BIP im Jahr 2016 gesunken und wird auch 2017 weiter zurückgehen. Die Überbetonung von Ausgabenreduktionszielen kann sich zudem die mittel- und langfristige Schuldentragfähigkeit verschlechtern, weil bei schwächerer Konjunktur die Sozialausgaben automatisch ansteigen und die Steuereinnahmen zurückgehen.

Es steht fest, dass festgelegte Obergrenzen zu realen Einschnitten in den Bereichen Bildung, Gesundheit und soziale Sicherung führen.

Aktuelle Debatten im Vorfeld der Nationalratswahlen suggerieren, dass es in der Budgetpolitik nur darum gehe, Defizite, Ausgaben und Schulden unter allen Umständen rasch zu reduzieren. Das ist jedoch, für uns eine unzureichende Sichtweise und aus diesem Grund sind wir strikt gegen eine festgelegte Obergrenze bei den Staatsausgaben.

Angenommen ☐	Zuweisung ☐	Ablehnung ☐	Einstimmig ☐	Mehrstimmig ☐
-------------------------------------	------------------------------------	------------------------------------	-------------------------------------	--------------------------------------



169. Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
25. Oktober 2017

Antrag 3

Vereinfachung der Anerkennung ausländischer Qualifikationen

Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien fordert folgendes:

Vereinheitlichung der Zuständigkeiten somit Vereinfachung der Anerkennung ausländischer Qualifikationen in Österreich

Anerkennung und Bewertung einer Ausbildung, die aus dem Ausland nach Österreich mitgebracht wird, erhöht die Wahrscheinlichkeit einer Arbeitsstelle auf demselben beruflichen Tätigkeitsniveau wie im Herkunftsland. Berufliche Disqualifizierung nimmt bei Personen mit anerkannter oder bewerteter Ausbildung ab.

Die formale Anerkennung von aus dem Ausland mitgebrachten Qualifikationen ist in Österreich bislang nicht einheitlich geregelt. Die Regelungen sind durch eine Vielzahl von Bundes- und Landesgesetzen festgelegt. Unterschiedlichste Behörden und Institutionen sind dafür zuständig.

Mit dem Arbeitsprogramm der österreichischen Bundesregierung 2013 bis 2018 wurde ein „eigenes“ österreichisches Anerkennungsgesetz angekündigt. Nach einem etwas längeren Entwicklungsprozess wurde im Juni 2016 im Parlament das Bundesgesetz über die Vereinfachung der Verfahren zur Anerkennung und Bewertung ausländischer Bildungsabschlüsse und Berufsqualifikationen (Anerkennungs- und Bewertungsgesetz – AuBG) beschlossen.

Die wesentlichste und wichtigste Neuerung ist sicherlich die Verankerung des Rechts auf Bewertung.

Die Liste Perspektive steht für die Vereinheitlichung der Zuständigkeiten und somit Vereinfachung der unübersichtlichen und komplexen Rechtslage in Österreich bei der Anerkennung ausländischer Qualifikationen.

Angenommen ☐

Zuweisung ☐

Ablehnung ☐

Einstimmig ☐

Mehrstimmig ☐



169. Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
25. Oktober 2017

Antrag 4

Leistbares Wohnen

Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien fordert folgendes:

Kosten für das Wohnen wirksam eindämmen

Die Bevölkerung in Wien wächst und wir brauchen eine Ausweitung des sozialen Wohnungsangebots und eine Reform des Mietrechts, damit die Wohnungspreise und die Mieten nicht überproportional steigen. In den letzten sechs Jahren sind die privaten Mieten auf dem privaten Wohnungsmarkt um 34 Prozent gestiegen. Da die Ballungszentren wachsen, brauchen wir mehr soziale Mietwohnungen, weil die Wartelisten hier im wahrsten Sinne des Wortes explodieren.

Steigen die Wohnkosten stärker als die Einkommen, stellt das vor allem für weniger kaufkräftige Haushalte ein riesiges Problem dar.

Es braucht ein neues Mietrecht, um die Mieten direkt zu begrenzen. Der hohe Anteil an lediglich befristeten Verträgen muss gesenkt werden.

Zweitens erfordern Wohnungen, die nach Fertigstellung leistbar sein sollen, bereits zu Beginn der Projektplanungen besondere Rahmenbedingungen:

- Bereitstellung von günstigem Bauland vor allem durch die öffentliche Hand
- Kein Höchstbieterprinzip bei Verkauf von öffentlichen Liegenschaften für sozialen Wohnbau
- Viel mehr Angebot an langfristigen und zinsgünstigen Finanzierungsmöglichkeiten für den sozialen Wohnbau

Angenommen ☐

Zuweisung ☐

Ablehnung ☐

Einstimmig ☐

Mehrstimmig ☐



169. Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
25. Oktober 2017

Antrag 5

EU – Steuertransparenz von Konzernen

Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien fordert folgendes:

Einführung öffentlicher Konzernberichte in der EU

Gewinnverschiebungen von internationalen Konzernen dürfen nicht mehr im Dunkeln bleiben. Wir als Liste Perspektive unterstützen die Einführung einer öffentlichen länderweisen Finanzberichterstattung von Konzernen in der Europäischen Union. Diese Berichte würden multinationale Unternehmen zwingen, es darzulegen, wie viel Gewinn sie in einem Staat erzielen und wie viel Steuern sie darauf entrichten.

Länderweise Finanzberichte sind wichtig, um Steuervermeidung einzudämmen. Sie würden bewirken, dass Konzerngewinne tatsächlich dort besteuert werden, wo sie entstehen.

Öffentliche Berichtspflichten existieren für EU-Banken und EU-Rohstoffkonzerne. Wir fordern, dass diese Berichtspflicht ebenfalls für multinationale Unternehmen zur Anwendung kommt.

Angenommen ☐

Zuweisung ☐

Ablehnung ☐

Einstimmig ☐

Mehrstimmig ☐